

AfA-Lexikon • Online

Bearbeitet von
Holm Geiermann, Rainer Liebscher, Lothar Rosarius, Regina Rosarius, Dr. Gerd Stuhmann

1. Auflage 0. Onlineprodukt. Zugang zur lfd. aktualisierten Online-Datenbank ohne Print (mit
Archivfunktion)
ISBN 978 3 08 174300 4

[Steuern > Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Kirchensteuer](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Exklusive
Leseprobe**
Redaktionsstand: April 2008

AfA-Lexikon

ABC der Abschreibungen • AfA-Tabellen

AfA-LEXIKON

von

RAINER LIEBSCHER

Oberamtsrat a. D. im Bundesministerium der Finanzen, Bonn

HOLM GEIERMANN

Steueramtsrat bei der Oberfinanzdirektion Rheinland

LOTHAR ROSARIUS

Oberregierungsrat, Kerpen

REGINA ROSARIUS

Steueroberamtsrätin, Kerpen

DR. GERD STUHRMANN

Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a. D. im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

mit den

amtlichen AfA-Tabellen

veröffentlicht vom

Bundesministerium der Finanzen

Stollfuß

Zitierweise:

Autor in AfA-Lexikon, Teilüberschrift „Stichwort“ – Stand – Randziffer

Beispiele: Rosarius, L. in AfA-Lexikon, ABC der Abschreibungen „Bewegliche Wirtschaftsgüter“
– 6/05 – Rz. 13

Geiermann in AfA-Lexikon, ABC der Anlagegüter „Abfallentsorgungsanlagen“
– 11/06 – Rz. 9

Titelblatt zur 76. Aktualisierung
Gesamtwerk ISBN 978-3-08-**254300-9**

Stollfuß Medien GmbH & Co. KG 2008 · Alle Rechte vorbehalten

Satz: X Con Media AG, Bonn

Druck und Verarbeitung: Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

Bearbeiterverzeichnis

HOLM GEIERMANN

Steueramtsrat bei der Oberfinanzdirektion Düsseldorf/Köln

ERSTER HAUPTTEIL Teil I: ABC der Abschreibungen mit Beispielen

ERSTER HAUPTTEIL Teil II: ABC der Anlagegüter

ERSTER HAUPTTEIL Teil V: Gestaltende AfA-Beratung

RAINER LIEBSCHER

Oberamtsrat a. D. im Bundesministerium der Finanzen, Bonn

ZWEITER HAUPTTEIL Teil II: Alphabetisches Verzeichnis der in den AfA-Tabellen
aufgeführten Anlagegüter mit Nutzungsdauer

ZWEITER HAUPTTEIL Teil III: Amtliche AfA-Tabellen

LOTHAR ROSARIUS

Oberregierungsrat, Kerpen

ERSTER HAUPTTEIL Teil I: ABC der Abschreibungen mit Beispielen

ERSTER HAUPTTEIL Teil II: ABC der Anlagegüter

ERSTER HAUPTTEIL Teil III: Vergleichende Übersichten

ERSTER HAUPTTEIL Teil V: Gestaltende AfA-Beratung

REGINA ROSARIUS

Steueroberamtsrätin, Kerpen

ERSTER HAUPTTEIL Teil II: ABC der Anlagegüter

ERSTER HAUPTTEIL Teil IV: Praxisfälle

DR. GERD STUHRMANN

Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a. D. im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

ERSTER HAUPTTEIL Teil I: ABC der Abschreibungen mit Beispielen

Geringwertige Wirtschaftsgüter

INHALTSÜBERSICHT	Rz.
I. Bedeutung und wesentlicher Inhalt der gesetzlichen Regelung	1-6
1. Bedeutung der gesetzlichen Regelung	1-3
2. Wesentlicher Inhalt der gesetzlichen Regelung	4-6
II. Begriff des geringwertigen Wirtschaftsguts	7-26
1. Begriffsbestimmung	7-8
2. Selbständig nutzungsfähiges Wirtschaftsgut	9-20
a) Überblick über die einzelnen Voraussetzungen	9-10
b) Kennzeichen der selbständigen Nutzungsfähigkeit	11-13
c) Einfügung in einen Nutzungszusammenhang	14-17
d) Merkmale ohne Bedeutung	18-20
3. Betragsmäßige Grenze	21-26
III. Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter	27-43
1. Begünstigte Vorgänge	27-37
2. Ausübung des Wahlrechts	38-42
3. Aufzeichnungspflichten	43
IV. Kurzlebige Wirtschaftsgüter	44-45
V. ABC der geringwertigen Wirtschaftsgüter	46-47
VI. Schematische Darstellung	48
VII. Änderungen im Rahmen der Unternehmensteuerreform	49-56
1. Gegenstand der Änderungen	49
2. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (Gewinneinkünfte)	50-55
a) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis 150 €	50-51
b) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 € und 1 000 €	52-55
3. Wirtschaftsgüter des Privatvermögens (Überschusseinkünfte)	56

I. Bedeutung und wesentlicher Inhalt der gesetzlichen Regelung

1. Bedeutung der gesetzlichen Regelung

Die → *Anschaffungskosten* oder → *Herstellungskosten* eines → *beweglichen Wirtschaftsguts* sind nach § 7 Abs. 1 Satz 1 bis 3 EStG grundsätzlich als → *Absetzung für Abnutzung* (AfA) auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung zur Erzielung von Einkünften zu verteilen (→ *Nutzungsdauer*). § 6 Abs. 2 EStG stellt für sog. geringwertige Wirtschaftsgüter eine Ausnahme von diesem Grundsatz der Verteilung dar. Die Vorschrift eröffnet ein **Wahlrecht**, an Stelle der Verteilung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts auf dessen Nutzungsdauer diese im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Betriebsausgabe zu behandeln. Rechtssystematisch handelt es sich bei der Behandlung als Betriebsausgabe um eine Ergänzung der Vorschriften über die AfA nach § 7 EStG,¹⁾ obwohl sie rechtstechnisch als Bewertungswahlrecht und damit als Ergänzung des § 6 Abs. 1 EStG ausgestaltet ist.

Vorrangiger Zweck des § 6 Abs. 2 EStG ist die **Vereinfachung** des betrieblichen Rechnungswesens und die Entlastung des Buchführungswerks von einer Vielzahl von klei-

1) BFH, Urteile vom 19. 1. 1984, IV R 224/80, BStBl II 1984 S. 312, und vom 27. 1. 1994, IV R 101/92, BStBl II 1994 S. 638.

nen und kleinsten Positionen.¹⁾ Die Anwendung dieser Vorschrift führt somit zu einer Arbeitserleichterung sowohl für den Stpfl. als auch für die FinVerw. Gleichzeitig bietet sie aber auch dem Stpfl. die Möglichkeit, über die Sofortabschreibung für eine Vielzahl von Kleininvestitionen vorzeitig Liquidität im Unternehmen zu schaffen.

- 3 Handelsrechtlich ist die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter als steuerrechtlich zulässige Abschreibung einzustufen, die nach § 264 HGB auch in die Handelsbilanz zu übernehmen ist und damit das Gebot zur planmäßigen Abschreibung nach § 253 Abs. 2 HGB überlagert. Wird der Vermögensgegenstand in der Handelsbilanz aktiviert, verbietet das → *Maßgeblichkeitsprinzip* der Handelsbilanz für die Steuerbilanz in § 5 Abs. 1 Satz 2 EStG die sofortige Vollabschreibung der Aufwendungen für das Wirtschaftsgut in der Steuerbilanz (auch → ABC der Abschreibungen „Maßgeblichkeitsprinzip“ – 3/06 – Rz. 24 ff.).

2. Wesentlicher Inhalt der gesetzlichen Regelung

- 4 Nach § 6 Abs. 2 EStG können bei → *abnutzbaren* → *beweglichen Wirtschaftsgütern* des → *Anlagevermögens* unter bestimmten Voraussetzungen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder der an deren Stelle tretende Wert im Jahr der → *Anschaffung* oder → *Herstellung* bzw. im Jahr der Einlage oder Betriebseröffnung in voller Höhe als Betriebsausgaben abgesetzt werden (§ 6 Abs. 2 Satz 1 EStG). Die Vorschrift bietet damit dem Stpfl. ein Wahlrecht zur sofortigen Abschreibung des Wirtschaftsguts. Er muss dieses Wahlrecht nicht zwingend in Anspruch nehmen, sondern kann stattdessen das Wirtschaftsgut auch planmäßig abschreiben. Diese Regelung gilt für alle vor dem 1. 1. 2008 angeschafften, hergestellten oder in das Betriebsvermögen eingelegten Wirtschaftsgüter. Im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 wurde § 6 Abs. 2 EStG grundlegend geändert. Zu einem Überblick der ab 2008 geltenden Regelungen → Rz. 49 ff.
- 5 § 6 Abs. 2 EStG gilt originär nur für die Anschaffung und Herstellung von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des → *Anlagevermögens*. Da grundsätzlich nur Stpfl. mit betrieblichen Einkünften über ein solches Anlagevermögen verfügen können, gilt die Vorschrift damit zunächst nur für alle von der Regelung betroffenen Wirtschaftsgüter eines Betriebs mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit. § 6 EStG ist außerdem grundsätzlich nur von Stpfl. mit betrieblichen Einkünften zu beachten, die ihren Gewinn durch Bestandsvergleich nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG ermitteln (§ 6 Abs. 1 Satz 1 EStG). Damit gilt § 6 Abs. 2 nicht unmittelbar für solche Stpfl., die ihren Gewinn durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln. Die Anwendbarkeit des § 6 Abs. 2 EStG wird allerdings **auch bei der Einnahmen-Überschuss-Rechnung** nicht bestritten,²⁾ weil nach § 4 Abs. 3 Satz 3 EStG die Vorschriften über die AfA zu befolgen sind und § 6 Abs. 2 EStG trotz seiner systematischen anderen Stellung im Gesetz (→ Rz. 1) letztlich eine Vorschrift über die AfA darstellt.
- 6 Nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 Satz 2 EStG ist die Regelung des § 6 Abs. 2 EStG auch bei der Anschaffung und Herstellung von Wirtschaftsgütern im **Bereich der außerbetrieblichen Einkünfte** entsprechend anzuwenden. Damit scheidet die Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG letztlich nur bei der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen im Bereich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nach § 13a EStG außerhalb der Hinzurechnung von Gewinnen nach § 13a Abs. 6 EStG aus.³⁾

1) BFH, Urteil vom 19. 1. 1984, IV R 224/80, BStBl II 1984 S. 312; BFH, Beschluss vom 27. 10. 2006, IV B 8/05, BFH/NV 2007 S. 231.

2) Strahl in Korn, § 6 EStG Rz. 460.

3) BFH, Urteil vom 23. 5. 1991, IV R 58/90, BStBl II 1991 S. 798.

II. Begriff des geringwertigen Wirtschaftsguts

1. Begriffsbestimmung

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind → *abnutzbare* → *bewegliche Wirtschaftsgüter* des **7**
→ *Anlagevermögens*,

- die einer selbständigen Nutzung fähig (sprachlich richtig: selbständig nutzbar) sind (→ Rz. 9 ff.) und
- deren → *Anschaffungskosten* oder → *Herstellungskosten*, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag nach § 9b EStG, oder der an deren Stelle tretende Wert die **Höchstgrenze von 410 €** nicht übersteigen (→ Rz. 21 ff.). Zu den ab dem 1. 1. 2008 geltenden Wertgrenzen → Rz. 49 ff.

Beide Voraussetzungen müssen gleichzeitig erfüllt sein. Bei nicht selbständig nutzungs-fähigen Wirtschaftsgütern dürfen somit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten selbst dann nicht sofort abgesetzt werden, wenn sie nicht mehr als 410 € betragen. Dazu auch das Schaubild → Rz. 48. **8**

2. Selbständig nutzungsfähiges Wirtschaftsgut

a) Überblick über die einzelnen Voraussetzungen

Die sofortige Absetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder des an deren Stelle tretenden Werts ist nur bei **abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens** möglich. Diese Festlegung enthält insgesamt vier Einzelvoraussetzungen, die in der Praxis oftmals vernachlässigt und nicht vollständig geprüft werden. Auch die Entwicklung der Rechtsprechung zeigt, dass vielfach vorschnell eine dieser Einzelvorgaben des Gesetzes übersehen und unmittelbar auf die übrigen Voraussetzungen des Gesetzes (selbständige Nutzungsfähigkeit, Betragsgrenze) abgestellt wird. Das Wirtschaftsgut, für das die Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG in Anspruch genommen werden soll, muss demnach zunächst folgende Voraussetzungen erfüllen: **9**

- Es muss sich um ein selbständiges Wirtschaftsgut handeln.
- Es muss ein abnutzbares Wirtschaftsgut vorliegen.
- Es muss ein bewegliches Wirtschaftsgut darstellen.
- Es muss ein Wirtschaftsgut des Anlagevermögens sein.

Hierzu → ABC der Abschreibungen „Anlagevermögen“ und → ABC der Abschreibungen „Bewegliche Wirtschaftsgüter“.

Erst wenn diese vier Einzelvoraussetzungen erfüllt sind, ist zu prüfen, ob dieses selbständige, bewegliche Wirtschaftsgut des Anlagevermögens auch selbständig nutzungs-fähig ist. Die selbständige Nutzungsfähigkeit des Wirtschaftsguts ist ein zusätzliches Tatbestandsmerkmal des § 6 Abs. 2 EStG, das den Anwendungsbereich dieser Vorschrift auf bestimmte, selbständig bewertbare Wirtschaftsgüter begrenzt und einengt.¹⁾ **10**

b) Kennzeichen der selbständigen Nutzungsfähigkeit

Ein Wirtschaftsgut ist nach der Negativabgrenzung des § 6 Abs. 2 Satz 2 EStG **nicht** **11**
selbständig nutzungsfähig, wenn

- es nach seiner betrieblichen Zweckbestimmung nur zusammen mit anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens genutzt werden kann und

1) BFH, Urteile vom 3. 7. 1987, III R 147/86, BStBl II 1987 S. 787, und vom 28. 3. 1996, III R 34/93, BFH/NV 1996 S. 707.

– die in den Nutzungszusammenhang eingefügten Wirtschaftsgüter technisch aufeinander abgestimmt sind.

12 Ein Wirtschaftsgut bleibt auch dann nach § 6 Abs. 2 Satz 3 EStG **nicht selbständig nutzungsfähig**, wenn es

- aus dem betrieblichen Nutzungszusammenhang gelöst und in einen anderen Nutzungszusammenhang eingefügt werden kann oder
- bei Vernachlässigung der betrieblichen Zweckbestimmung auch anders, z. B. auch ohne Einfügung in einen Nutzungszusammenhang genutzt werden könnte.

13 Die Tatbestandsmerkmale dieser Negativabgrenzung für die selbständige Nutzungsfähigkeit sind nur von Bedeutung, wenn ein Wirtschaftsgut, das an sich zum gemeinsamen Einsatz mit einem anderen Wirtschaftsgut bestimmt ist, auch **tatsächlich** vom Stpfl. **in einer solchen Verbindung verwendet** wird. Wird es dagegen nach der individuellen Zweckbestimmung nicht in einem solchen Nutzungszusammenhang eingesetzt, bleibt es im speziellen Fall selbständig nutzungsfähig. Die allgemeine Verkehrsanschauung ist in diesem Zusammenhang ohne jede Bedeutung.¹⁾

Beispiel 1: Selbständige Nutzung eines an sich nicht selbständig nutzbaren Wirtschaftsguts

Notar N erwirbt zur Ausstattung seines Büros eine Lampe, die vom Hersteller als Beleuchtung eines Zeichentischs für Architekten vorgesehen ist und technisch für die Montage an eine spezielle Modellreihe dieser Tische besonders ausgestattet ist. N befestigt diese Lampe jedoch als zusätzliche Beleuchtung an seinem PC-Tisch. Die übrigen Teile der Modellreihe erwirbt er nicht, weil er dafür keine Verwendung hat.

Würde die Lampe entsprechend ihrer vom Hersteller vorgegebenen Zweckbestimmung als Ergänzung und Erweiterung eines Zeichentischs verwendet, wäre sie als nicht selbständig nutzungsfähig anzusehen. In der individuellen Verwendung durch N wird sie jedoch zu einem selbständig nutzungsfähigen Wirtschaftsgut.

c) Einfügung in einen Nutzungszusammenhang

14 Ein in einen **Nutzungszusammenhang** eingefügtes Wirtschaftsgut kann nur dann zusammen mit anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens genutzt werden, wenn es mit den übrigen im Nutzungszusammenhang stehenden Wirtschaftsgütern **nach außen als einheitliches Ganzes in Erscheinung tritt**, wobei für die Bestimmung dieses Merkmals im Einzelfall die **Festigkeit der Verbindung**, die **technische Gestaltung** sowie die **Dauer der Verbindung** von Bedeutung sein können.²⁾

15 Ein Nutzungszusammenhang liegt zweifelsfrei vor, wenn neben der gemeinsamen Zweckbestimmung mehrerer selbständig bewertbarer Wirtschaftsgüter eine technische Verbindung besteht. Diese **technische Verbindung** ist aber nur von Bedeutung, wenn sie auf Dauer angelegt ist und dazu führt, dass zumindest einer der beiden Teile bei einem Lösen der Verbindung **seine Nutzbarkeit verliert**.³⁾ So ist z. B. ein an einer Maschine dauerhaft angebrachter Motor, der zum alleinigen Antrieb der Maschine dient, kein selbständig nutzbares Wirtschaftsgut (wenn er überhaupt ein selbständig bewertbares Wirtschaftsgut ist).⁴⁾ Ein gesondertes Aggregat, das z. B. nur gelegentlich an der Maschine angebracht wird, um die Funktion zu prüfen oder zu sichern (z. B.

1) BFH, Urteil vom 27. 3. 1963, I 201/62 U, BStBl III 1963 S. 304.

2) BFH, Urteile vom 17. 4. 1985, I R 144/82, BStBl II 1988 S. 126, und vom 15. 3. 1991, III R 57/86, BStBl II 1991 S. 682.

3) BFH, Urteil vom 21. 7. 1998, III R 110/95, BStBl II 1998 S. 789 m. w. N.

4) BFH, Urteile vom 16. 12. 1958, I 286/56 S, BStBl III 1959 S. 77, und vom 14. 12. 1966, IV 245/65, BStBl III 1967 S. 247.

Mess- oder Ladegerät), bleibt dagegen selbständig nutzbar.¹⁾ Peripheriegeräte einer Desktop-PC-Anlage sind selbständig nutzbar,²⁾ wohingegen dieselben Geräte in fester Verbindung bei und mit einem Notebook ihre selbständige Nutzbarkeit verlieren.³⁾

Die technische Einfügung in einen Nutzungszusammenhang ist in vielen Fällen jedoch kein geeignetes Abgrenzungsmerkmal, das eine eindeutige Bestimmung der selbständigen Nutzbarkeit zulässt. Dies gilt z. B. dann, wenn die gemeinsame Nutzung einzelner Gegenstände sich lediglich **auf Grund ihrer Zweckbestimmung** und ihrer gegenseitigen Beziehung zueinander ergibt, ohne dass eine erkennbare physikalische Verbindung hergestellt wird. Dies gilt z. B. für die einzelnen Bände eines mehrbändigen Buchs oder Sammelwerks, die unabhängig voneinander nicht sinnvoll nutzbar sind.⁴⁾ In diesen Fällen müssen andere Merkmale für die Bestimmung der selbständigen Nutzbarkeit herangezogen werden.⁵⁾ Die Verkehrsanschauung ist dabei ohne Bedeutung.⁶⁾ Besteht eine gemeinsame betriebliche Verwendung, ist eine theoretisch mögliche gesonderte Nutzung der Wirtschaftsgüter unter Änderung der betrieblichen Zweckbestimmung ohne Bedeutung.⁷⁾ 16

Die einzelnen Abgrenzungskriterien von nicht physikalisch miteinander verbundenen Wirtschaftsgütern sind im Einzelfall nach der jeweiligen **konkreten Zweckbestimmung** der Wirtschaftsgüter im Betrieb festzulegen. Dies gilt insbesondere auch, wenn ein Wirtschaftsgut zweckentfremdet verwendet wird.⁸⁾ Auch eine größen- oder formbedingte Normierung der einzelnen Gegenstände reicht für eine technische Abstimmtheit i. S. d. § 6 Abs. 2 Satz 2 EStG allein nicht aus.⁹⁾ 17

d) Merkmale ohne Bedeutung

Ein Wirtschaftsgut verliert nach § 6 Abs. 2 Satz 2 EStG seine selbständige Nutzungsfähigkeit, wenn es in einen technischen Nutzungszusammenhang mit einem anderen Wirtschaftsgut eingebunden ist und eine technische Abstimmung besteht. Ein bloßer **wirtschaftlicher Zusammenhang** reicht für die Versagung der selbständigen Nutzungsfähigkeit nicht aus.¹⁰⁾ 18

Eine **einheitliche Gestaltung** mehrerer Wirtschaftsgüter oder deren Gleichartigkeit führen nicht dazu, dass von einem Nutzungszusammenhang dieser Wirtschaftsgüter auszugehen ist. Dies gilt z. B. für die Einrichtungsgegenstände einer Gaststätte¹¹⁾ oder die Erstausrüstung von Läden, Werkstätten, Büros, Hotels oder Ferienwohnungen, die üblicherweise äußerlich aufeinander abgestimmt sind, aber in keinerlei technischer Verbindung zueinander stehen.¹²⁾ Besteht neben der einheitlichen Gestaltung aber 19

1) BFH, Urteil vom 30. 10. 1956, I 191/56 U, BStBl III 1957 S. 7.

2) BFH, Urteil vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958.

3) BFH, Urteil vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527.

4) FG Köln, Urteil vom 31. 5. 1999, 15 K 3241/92, FR 1999 S. 847 (rkr.).

5) BFH, Urteil vom 16. 12. 1958, I 286/56 S, BStBl III 1959 S. 77.

6) BFH, Urteile vom 16. 12. 1958, I 286/56 S, BStBl III 1959 S. 77, und vom 27. 3. 1963, I 201/62 U, BStBl III 1963 S. 304.

7) BFH, Urteile vom 28. 2. 1961, I 13/61 U, BStBl III 1961 S. 383, und vom 21. 7. 1966, IV 289/65, BStBl III 1967 S. 59.

8) BFH, Urteile vom 28. 7. 1976, I R 232/74, BStBl II 1977 S. 144, und vom 19. 2. 1981, IV R 161/77, BStBl II 1981, 652.

9) BFH, Urteil vom 7. 9. 2000, III R 71/97, BStBl II 2001 S. 41.

10) BFH, Urteil vom 25. 8. 1989, III R 125/84, BStBl II 1990 S. 82.

11) BFH, Urteil vom 29. 7. 1966, IV R 138/66, BStBl III 1967 S. 61.

12) BFH, Urteile vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18, und vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

darüber hinaus eine physikalische Verbindung der einzelnen Gegenstände, wie dies z. B. bei der Bestuhlung eines Kinos oder Theaters der Fall sein kann,¹⁾ liegt neben dem wirtschaftlichen auch ein technischer Nutzungszusammenhang vor, der zur Versagung der selbständigen Nutzungsfähigkeit führt.

- 20** Ein **einheitlicher Kauf** verschiedener Wirtschaftsgüter auf Grund eines einheitlichen Kaufvertrags sowie eine Zusammenstellung mehrerer Wirtschaftsgüter zu einem **Sor-timent** oder zu einer **Erstausrüstung** begründen ebenfalls keinen technischen Nutzungszusammenhang. Somit bleiben z. B. Geschirr- und Wäscheteile der Erstausrüstung eines Hotels²⁾ sowie Paletten zur Lagerung oder zum Transport von Gegenständen,³⁾ Fässer und Flaschen eines Brauereibetriebs⁴⁾ grundsätzlich selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter.

3. Betragsmäßige Grenze

- 21** Die sofortige Abschreibung kann bei selbständig nutzungsfähigen Wirtschaftsgütern nur in Anspruch genommen werden, wenn deren → *Anschaffungskosten* oder → *Herstellungskosten* bzw. der an deren Stelle tretende Wert **410 € nicht übersteigen**. Bis zum 31. 12. 2001 betrug die Höchstgrenze 800 DM. Die Höchstgrenze von 410 €/800 DM besteht unverändert seit dem 1. 1. 1965. Es stellte sich bereits seit einiger Zeit die Frage, ob bei der zwischenzeitlich fast lückenlosen elektronischen Buchführung Vereinfachungsgedanken dieser Art noch zeitgemäß sind. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 hat der Gesetzgeber sich deshalb entschlossen, die Höchstgrenzen für die Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf 150 € deutlich herabzusetzen, gleichzeitig aber eine neuartige Vereinfachungsregelung durch Bildung eines Sammelpostens für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1 000 € zu schaffen (→ Rz. 52 ff.). Diese Neuregelung gilt jedoch nur für die Gewinneinkünfte. Bei den Überschusseinkünften bleibt es hingegen bei der Wertgrenze von 410 €.
- 22** Bei der Ermittlung der Grenze von 410 €/150 € kommt es auf die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach Abzug von evtl. enthaltenen Umsatzsteuerbeträgen an. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese USt nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehbar oder ganz oder teilweise vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist. Dies gilt auch bei Wirtschaftsgütern, die einer nichtunternehmerischen Tätigkeit dienen (vgl. R 44 Satz 1 LStR 2005).

Beispiel 2: Nicht abziehbare Vorsteuer als Teil der Anschaffungskosten

A ist Vermieter, der nicht zur USt optiert hat. Er schafft folgende Wirtschaftsgüter für die möbliert vermietete Wohnung an:

– einen Schreibtisch zum Kaufpreis von		400 €
zzgl. 19 v. H. USt von	<u>76 €</u>	= 476 €
– einen Bücherschrank zum Kaufpreis von		500 €
zzgl. 19 v. H. USt von	<u>95 €</u>	= 595 €

A ist nicht berechtigt, die Vorsteuer abzuziehen. Die Anschaffungskosten betragen deshalb 476 € bzw. 595 €. Der Schreibtisch ist ein geringwertiges Wirtschaftsgut, weil der um die Vorsteuer geminderte Betrag die Höchstgrenze von 410 € nicht übersteigt.

1) BFH, Urteil vom 29. 7. 1966, IV R 138/66, BStBl III 1967 S. 61.

2) BFH, Urteile vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18, und vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

3) BFH, Urteil vom 25. 8. 1989, III R 125/84, BStBl II 1990 S. 82.

4) RFH, Urteil vom 28. 11. 1939, I 394/39, RStBl 1940 S. 31; BFH, Urteil vom 1. 7. 1981, I R 148/78, BStBl I 1982 S. 246.

Zur Berechnung der Grenze von 410 €/150 € sind nach R 6.13 Abs. 5 EStR 2005 von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder dem an deren Stelle tretenden Wert abzuziehen: **23**

- nach §§ 6b, 6c EStG auf die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Wirtschaftsguts übertragene stille Reserven oder Rücklagen,
- erfolgsneutral behandelte Zuschüsse aus öffentlichen oder privaten Mitteln und
- von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach R 6.6 EStR 2005 abzusetzende Rücklagen für Ersatzbeschaffung.¹⁾)

Dem Stpfl. gewährte Rabatte und Skonti kürzen ohnehin die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Wirtschaftsguts ebenso wie sonstige Kaufpreisminderungen. Für die Prüfung, ob die Grenze von 410 €/150 € überschritten ist, ist deshalb von den maßgeblichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach Abzug dieser Beträge auszugehen.

Der Abzug von stillen Reserven, Rücklagen und Zuschüssen von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts zur Ermittlung der betragsmäßigen Grenze gilt nur für die Prüfung, ob **im Rahmen der Ertragsteuern** § 6 Abs. 2 EStG anzuwenden ist. Soweit andere Gesetze (z. B. InvZulG 2007) sich auf den Begriff des geringwertigen Wirtschaftsguts beziehen und bestimmte Rechtsfolgen davon abhängig machen, ob ein geringwertiges Wirtschaftsgut vorliegt, sind nur die originären Anschaffungs- oder Herstellungskosten in die Betrachtung einzubeziehen.²⁾ So kann z. B. für die Anschaffung eines Wirtschaftsguts bei Übertragung von Rücklagen durchaus eine Investitionszulage in Betracht kommen, obwohl im Rahmen der Gewinnermittlung für die Ertragsteuern das angeschaffte Wirtschaftsgut als geringwertiges Wirtschaftsgut unter die Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG fällt. **24**

Da auch die **Einlage** eines Wirtschaftsguts aus dem Privatvermögen ein unter § 6 Abs. 2 EStG fallender Vorgang sein kann (→ Rz. 28), reicht eine Abgleichung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit der Grenze von 410 €/150 € nicht aus. Bei der Einlage ist dieser Höchstbetrag vielmehr mit dem Wert zu vergleichen, mit dem die Einlage nach § 6 Abs. 1 Nr. 5 EStG zu bewerten ist.³⁾ Dies ist i. d. R. der Teilwert des Wirtschaftsguts im Zeitpunkt der Einlage. Wurde das Wirtschaftsgut innerhalb der letzten drei Jahre vor der Einlage angeschafft oder hergestellt, treten an die Stelle des Teilwerts die um die AfA für die Zeit der Zugehörigkeit des Wirtschaftsguts zum Privatvermögen gekürzten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Wurde das Wirtschaftsgut innerhalb der letzten drei Jahre aus einem Betriebsvermögen entnommen, ist Einlagewert der um die AfA gekürzte Entnahmewert (Teilwert oder gemeiner Wert). **25**

Wird ein Wirtschaftsgut des Privatvermögens **erstmalig zur Erzielung von außerbetrieblichen Einkünften** genutzt, liegt keine Einlage vor, so dass keine Bewertung dieses Vorgangs nach § 6 Abs. 1 Nr. 5 EStG erfolgt. In diesen Fällen sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Wirtschaftsguts einschließlich der Umsatzsteuer um die fiktiven AfA-Beträge für die Zeit vor der Nutzung zur Einkünfteerzielung zu kürzen. Der verbleibende Betrag ist mit der Grenze von 410 €/150 € zu vergleichen.⁴⁾ Hinsichtlich der Behandlung der USt besteht m. E. ein Widerspruch zwischen R 44 **26**

1) BFH, Urteil vom 5. 2. 1981, IV R 87/77, BStBl II 1981 S. 432.

2) BFH, Urteile vom 17. 6. 1999, III R 53/97, BStBl II 2000 S. 9, und vom 17. 10. 2001, III R 29/99, BStBl II 2002 S. 109, beide zur Übertragung der Akkumulationsrücklage i. S. d. § 58 Abs. 2 EStG auf die Anschaffungskosten eines investitionszulagenbegünstigten Wirtschaftsguts.

3) BFH, Urteil vom 19. 1. 1984, IV R 224/80, BStBl II 1984 S. 312.

4) BFH, Urteil vom 16. 2. 1990, VI R 85/87, BStBl II 1990 S. 883.

Satz 1 LStR 2005 und H 44 „Absetzung für Abnutzung“ LStH 2006, wonach bei der Anschaffung oder Herstellung die Kosten ohne USt maßgebend sind, bei der Umwidmung aber von den Kosten einschließlich USt auszugehen ist. Die LStH 2006 beziehen sich m. E. fälschlicherweise noch auf das BFH-Urteil vom 16. 2. 1990,¹⁾ das zu älteren LStR ergangen ist, in denen stets die USt in die Betrachtung einzubeziehen war.

III. Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter

1. Begünstigte Vorgänge

27 Die Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG kann in Anspruch genommen werden bei

- der **Anschaffung** eines Wirtschaftsguts,
- der **Herstellung** eines Wirtschaftsguts,
- der **Einlage** eines Wirtschaftsguts in ein Betriebsvermögen und
- bei der **erstmaligen Nutzung** eines Wirtschaftsguts zur Erzielung außerbetrieblicher Einkünfte.

28 Die Begriffe → *Anschaffung* und → *Herstellung* eines Wirtschaftsguts unterscheiden sich nicht von den Festlegungen des allgemeinen Ertragsteuerrechts. Die Einlage ist in § 6 Abs. 2 EStG zwar nicht als begünstigter Vorgang genannt. Allerdings sollen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Wirtschaftsguts oder der an deren Stelle tretende Wert im Jahr der **Einlage** oder **Betriebseröffnung** als Betriebsausgabe abgesetzt werden können. Mit dieser technisch etwas unsauberer Formulierung wollte der Gesetzgeber wohl deutlich machen, dass er den Vorgang der Einlage aus dem Privatvermögen in ein Betriebsvermögen als begünstigten Vorgang i. S. d. § 6 Abs. 2 EStG ansieht. Dies gilt entsprechend für die Einlage eines Wirtschaftsguts im Zusammenhang mit einer Betriebseröffnung.

29 § 6 Abs. 2 EStG bezieht sich hinsichtlich der Grenze von 410 €/150 € auf die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Wirtschaftsguts. Bei **Gesamthands- oder Bruchteilseigentum** an einem Wirtschaftsgut ist ebenfalls nicht der Wert des jeweiligen Anteils am Wirtschaftsgut mit der Grenze von 410 €/150 € zu vergleichen, sondern der für das Wirtschaftsgut entstandene Betrag der Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf Gesellschafts- oder Gemeinschaftsebene.

Mehr- oder Minderbeträge der Anschaffungs- und Herstellungskosten aus den Ergänzungsbilanzen eines Gesellschafters sind m. E. mit in die Betrachtung einzubeziehen. Ansonsten würden gleichartige Sachverhalte je nach der Rechtsform des Anschaffenden oder Herstellenden und der gesellschaftsrechtlichen Gestaltung unterschiedliche Rechtsfolgen auslösen, wozu bei der Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG m. E. kein Anlass besteht. Eine Aufsplitterung auf Eigentumsanteile würde m. E. auch mit dem Sinn und Zweck der Vorschrift (Vereinfachung des Rechnungslegungswerks) nicht in Einklang stehen.

30 Für Wirtschaftsgüter, die bei einer **Vermögensübertragung** nach dem Umwandlungssteuergesetz vom übernehmenden Unternehmen nicht als angeschafft gelten, kann die Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG nicht in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch, wenn der bei der Übertragung angesetzte Wert des Wirtschaftsguts nicht mehr als 410 €/150 € beträgt. Es fehlt in diesen Fällen an einem begünstigten Vorgang.

1) BFH, Urteil vom 16. 2. 1990, VI R 85/87, BStBl II 1990 S. 883.

Gelten die Wirtschaftsgüter dagegen vom übernehmenden Unternehmen als angeschafft, ist § 6 Abs. 2 EStG ohne Einschränkung anwendbar.

Die **erstmalige** Nutzung eines Wirtschaftsguts zur **Erzielung außerbetrieblicher Einkünfte** ist keine Anschaffung oder Einlage eines Wirtschaftsguts. Das Wirtschaftsgut wurde jedoch vor der erstmaligen Nutzung zur Erzielung von Einkünften vom Stpfl. oder – bei unentgeltlicher Übertragung – von seinem Rechtsvorgänger angeschafft oder hergestellt. Es wäre unbillig, die Anschaffung oder Herstellung unmittelbar zur Erzielung von Einkünften zu begünstigen, die spätere Verwendung eines zuvor angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsguts dagegen nicht. Die FinVerw. lässt deshalb aus Billigkeitsgründen in diesen Fällen die sinngemäße Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG zu (H 44 „Absetzung für Abnutzung“ LStH 2006), obwohl § 9 Abs. 1 Nr. 7 EStG die Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG ausdrücklich auf die Fälle der Anschaffung und der Herstellung beschränkt und danach das Wahlrecht bei einer späteren Umwidmung eigentlich nicht mehr ausgeübt werden darf. **31**

Werden Wirtschaftsgüter aus einem Betriebsvermögen entnommen und in der Folgezeit zur Erzielung von außerbetrieblichen Einkünften genutzt, kann der Entnahmewert bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen im Jahr der Entnahme als Werbungskosten nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 EStG berücksichtigt werden. In der Entnahme des Wirtschaftsguts ist ein **anschaffungsähnlicher Vorgang** zu sehen (→ ABC der Abschreibungen „Anschaffung, Anschaffungskosten“ – 3/06 – Rz. 50). Ein solcher anschaffungsähnlicher Vorgang löst dieselben Rechtsfolgen wie eine Anschaffung aus und eröffnet somit auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG. **32**

Das Wirtschaftsgut muss für die Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG **kein neues Wirtschaftsgut** sein. Die Sofortabschreibung kann damit auch für die Anschaffung oder Herstellung gebrauchter oder nicht als neu anzusehender Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden. Es ist auch nicht erforderlich, dass das Wirtschaftsgut im Betrieb des Anschaffenden oder Herstellenden selbst genutzt wird. Die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter kann auch für Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden, die Dritten **zur Nutzung überlassen** werden.¹⁾ **33**

Da das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2 EStG nur für die Anschaffung, Herstellung oder Einlage eines Wirtschaftsguts gilt, hat ein **Land- und Forstwirt**, der von der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen nach § 13a EStG zum Betriebsvermögensvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG übergeht, die vorhandenen geringwertigen Wirtschaftsgüter in der Anfangsbilanz mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die fiktive AfA nach § 7 EStG, anzusetzen und diesen Buchwert auf die Restnutzungsdauer zu verteilen.²⁾ Ein sofortiger Abzug des Buchwerts im Jahr des Übergangs zum Betriebsvermögensvergleich ist somit unzulässig. **34**

Führt die Anschaffung oder Herstellung eines Gegenstands zu → **nachträglichen Herstellungsarbeiten** an einem bereits vorhandenen Wirtschaftsgut, sind diese Anschaffungs- oder Herstellungskosten keine Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung eines selbständigen Wirtschaftsguts. Grundsätzlich kommt für diese Aufwendungen keine selbständige Abschreibung und damit auch keine Sofortabschreibung nach § 6 Abs. 2 EStG in Betracht. **35**

Die nachträglichen Herstellungskosten haben vielmehr eine Erhöhung der → **Bemessungsgrundlage** für die → **Abschreibungen** zur Folge. Diese Rechtsfolge ist m. E. **36**

1) BFH, Urteil vom 14. 1. 1958, I 185/57 U, BStBl III 1958 S. 75.

2) BFH, Urteil vom 17. 3. 1988, IV R 82/87, BStBl II 1988 S. 770.

auch bei der Sofortabschreibung nach § 6 Abs. 2 EStG konsequent fortzuführen. Dies hat folgende Auswirkungen:

- Erfüllt das Wirtschaftsgut nach Durchführung der nachträglichen Herstellungsarbeiten immer noch die Voraussetzungen für die Annahme eines geringwertigen Wirtschaftsguts und wurde im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage dieses Wirtschaftsguts von dem Wahlrecht zur sofortigen Abschreibung Gebrauch gemacht, sind auch die Aufwendungen für die nachträglichen Herstellungsarbeiten im Jahr ihres Entstehens sofort als Betriebsausgaben abzusetzen.
- Erfüllt das Wirtschaftsgut nach Durchführung der nachträglichen Herstellungsarbeiten nicht mehr die Voraussetzungen für die Annahme eines geringwertigen Wirtschaftsguts, greifen die normalen Abschreibungsregeln ein. Dies hat zur Folge, dass die nachträglichen Herstellungskosten als verbleibender → *Restwert* des Wirtschaftsguts auf die Restnutzungsdauer des Wirtschaftsguts zu verteilen sind. Ein anderer Restwert ist nicht mehr vorhanden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder der Einlagewert des Wirtschaftsguts im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage sofort als Betriebsausgabe behandelt wurden.
- Durch nachträgliche Herstellungsarbeiten an einem Wirtschaftsgut lebt das Wahlrecht zur Inanspruchnahme der Sofortabschreibung nicht neu auf. Wurden die Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung des Wirtschaftsguts in der Vergangenheit sofort als Betriebsausgabe behandelt, können die nachträglichen Herstellungskosten nicht aktiviert werden, wenn weiterhin die Voraussetzungen für die Sofortabschreibung der gesamten Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfüllt sind. Umgekehrt gilt Entsprechendes.

Beispiel 3: Verteilung des Restwerts nachträglicher Herstellungskosten

A erweitert im zweiten Jahr nach der Anschaffung einer Maschine diese um ein Zusatzteil. Die Anschaffungskosten der Maschine betragen netto 350 € und wurden im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe behandelt. Das Zusatzteil kostete 160 €. Die Restnutzungsdauer der Maschine beträgt vier Jahre.

Durch die Hinzufügung des Zusatzteils verliert die Maschine im zweiten Jahr ihre Eigenschaft als geringwertiges Wirtschaftsgut. Dies ändert aber nichts daran, dass die Anschaffungskosten im Wirtschaftsjahr der Anschaffung sofort abzugsfähige Betriebsausgaben bleiben. Die Anschaffungskosten des Zusatzteils sind dagegen als nachträgliche Herstellungskosten für die Maschine auf deren Restnutzungsdauer mit jeweils 40 € zu verteilen.

Hätten die Anschaffungskosten des Zusatzteils nicht mehr als 60 € betragen, wären auch die Anschaffungskosten des Zusatzteils als nachträgliche Herstellungskosten sofort als Betriebsausgabe zu behandeln. Die um das Zusatzteil erweiterte Maschine bleibt ein geringwertiges Wirtschaftsgut.

- 37** Führen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des hinzuerworbenen Teils zu → *Erhaltungsaufwand* an einem bereits vorhandenen Wirtschaftsgut, sind diese unabhängig von der Behandlung des Wirtschaftsguts als geringwertiges Wirtschaftsgut sofort als Betriebsausgabe abzugsfähig. Dies gilt jedoch nicht, wenn Ersatz- oder Zubehörteile, deren spätere Anschaffung Erhaltungsaufwand darstellen würde, bereits im Zusammenhang mit der Anschaffung des Wirtschaftsguts in notwendigem und üblichem Umfang hinzuerworben und auf Lager genommen werden. Die Anschaffungskosten für diese Ersatz- oder Zubehörteile gehören nach Auffassung der FinVerw. mit zu den Anschaffungskosten des Wirtschaftsguts und fließen zusammen mit dessen Kosten in die Beurteilung ein, ob ein geringwertiges Wirtschaftsgut anzunehmen ist.

Beispiel 4: Ersatzmaterial als Teil der Anschaffungskosten

Einzelhändler E erwirbt eine neue Registrierkasse zum Preis von 400 €. Als Erstausrüstung erwirbt er außerdem 20 Papierstreifenrollen zum Preis von insgesamt 12 € hinzu, die den Bedarf für ca. zwei Wochen decken werden.

Die Anschaffungskosten des Geräts betragen insgesamt 412 €. Dieses ist damit kein geringwertiges Wirtschaftsgut. Die Erstausrüstung an Verbrauchsmaterial gehört mit zur Anschaffung des Wirtschaftsguts, weil dieses ohne das Zubehör nicht einsatzbereit wäre.

2. Ausübung des Wahlrechts

Die sofortige Absetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder des an deren Stelle tretenden Werts erfolgt im Rahmen der Gewinnermittlung bzw. bei der Einreichung der Einkommensteuererklärung. Ein **gesonderter Antrag ist nicht erforderlich**. Bei Stpfl., die der handelsrechtlichen Gewinnermittlung unterliegen, kann das Wahlrecht zur Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit nur in Übereinstimmung mit der Handelsbilanz ausgeübt werden (→ *Maßgeblichkeitsprinzip*). **38**

Wird ein Wirtschaftsgut angeschafft oder hergestellt, das Teil des Gesamthandsvermögens einer **Personengesellschaft** oder des Bruchteilsvermögens einer **Gemeinschaft** ist, liegt die Abschreibungsberechtigung nicht bei der Personengesellschaft oder Gemeinschaft, sondern bei den einzelnen Gesellschaftern oder Mitgliedern der Gemeinschaft. Wie dargestellt ist § 6 Abs. 2 EStG allerdings nur eine ergänzende Regelung zu den Abschreibungsvorschriften (→ Rz. 1). Dies hat zur Folge, dass das Wahlrecht zur Inanspruchnahme der Sofortabschreibung von den Beteiligten nur einheitlich ausgeübt werden kann;¹⁾ → ABC der Abschreibungen „Mehrere Beteiligte“ – 6/05 – Rz. 9. **39**

Die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter kann **nur im Jahr der Anschaffung, Herstellung, Einlage** in das Betriebsvermögen oder **bei Betriebseröffnung** in Anspruch genommen werden. Wurde das Wirtschaftsgut zunächst in der Gewinnermittlung aktiviert und nach § 7 EStG AfA vorgenommen, kann die Sofortabschreibung nicht in einem späteren Wirtschaftsjahr nachgeholt werden.²⁾ Ein „Wechsel“ von der planmäßigen Abschreibung zur Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG ist nicht möglich. **40**

§ 6 Abs. 2 EStG enthält **kein Wahlrecht** zur Abschreibung **der Höhe nach**. Entweder werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder der an deren Stelle tretende Wert im Wirtschaftsjahr der Anschaffung, Herstellung, Einlage oder Betriebseröffnung in voller Höhe als Betriebsausgabe berücksichtigt oder sie werden aktiviert und wie üblich abgeschrieben. Eine teilweise Sofortabschreibung ist nicht möglich. Von der FinVerw. wird es aber nicht beanstandet, wenn für die Aufwendungen für das Wirtschaftsgut in der Gewinnermittlung ein Restwert in Form eines Erinnerungspostens gebildet wird. **41**

Bei der Abschreibung von Tieren ist die Bemessungsgrundlage um einen Restwert in Höhe des voraussichtlichen Schlachterlöses zu mindern (→ ABC der Abschreibungen „Restwert“ – 8/07 – Rz. 22 ff.). Bei der Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten ebenso nur bis zur Höhe des Schlachtwerts sofort als Betriebsausgabe zu berücksichtigen.³⁾ Dieser Restwert ist erst im Zeitpunkt der Schlachtung oder Veräußerung des Tieres abzuschreiben **42**

1) BFH, Urteil vom 7. 8. 1986, IV R 137/83, BStBl II 1986 S. 910.

2) BFH, Urteil vom 17. 3. 1982, I R 144/78, BStBl II 1982 S. 545.

3) BFH, Urteil vom 15. 2. 2001, IV R 19/99, BStBl II 2001 S. 549.

oder als Betriebsausgabe zu behandeln. Diese Regelung gilt erstmals in Wj., die nach dem 30. 6. 2002 enden.¹⁾

3. Aufzeichnungspflichten

- 43 Die Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG erfordert, dass die Wirtschaftsgüter, für die sie in Anspruch genommen werden soll, unter Angabe des Tages der Anschaffung, Herstellung oder Einlage oder des Tages der Betriebseröffnung und der Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder des an deren Stelle tretenden Werts in ein besonderes, **laufend zu führendes Verzeichnis** aufgenommen werden (→ ABC der Abschreibungen „Verzeichnis“ – 3/07 – Rz. 11 ff.).

IV. Kurzlebige Wirtschaftsgüter

- 44 Von den geringwertigen Wirtschaftsgütern, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten nur unter den Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 EStG im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage als Betriebsausgabe oder Werbungskosten berücksichtigt werden können, sind die sog. kurzlebigen Wirtschaftsgüter zu unterscheiden. Dabei handelt es sich um solche Wirtschaftsgüter, deren betriebsgewöhnliche **Nutzungsdauer nicht mehr als ein Jahr** beträgt. Deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten sind unabhängig von den Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 EStG im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage auf jeden Fall sofort als Betriebsausgaben oder Werbungskosten zu berücksichtigen.²⁾ Dies gilt insbesondere auch in den Fällen, in denen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder der an deren Stelle tretende Wert 410 €/150 € übersteigt.
- 45 Auch dann, wenn sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer über mehrere Wirtschafts- oder Kalenderjahre erstreckt, insgesamt aber einen Zeitraum von zwölf Monaten nicht übersteigt, verbleibt es bei der sofortigen Absetzung der Aufwendungen.³⁾ Eine Verteilung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder des Einlagewerts auf die Nutzungsdauer in Form einer linearen oder degressiven **AfA** nach § 7 EStG **kommt nicht in Betracht**, weil § 7 Abs. 1 Satz 1 EStG für die Vornahme von AfA eine Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr fordert (→ ABC der Abschreibungen „Absetzung für Abnutzung“ – 3/07 – Rz. 2). Insoweit hat der Stpfl. kein Wahlrecht.

Beispiel 5: Anschaffung eines kurzlebigen Wirtschaftsguts vor dem Jahreswechsel

A schafft für seinen Betrieb am 1. 12. 2006 eine gebrauchte Maschine an, deren Restnutzungsdauer voraussichtlich nicht mehr als ein Jahr beträgt. Die Anschaffung erfolgt zur kurzfristigen Behebung eines Produktionsengpasses. Die Anschaffungskosten der Maschine betragen 8 000 €.

Die Anschaffungskosten der Maschine i. H. v. 8 000 € sind im Jahr 2006 sofort als Betriebsausgabe zu behandeln, weil die (Rest-)Nutzungsdauer nicht mehr als ein Jahr beträgt.

A kann keine Verteilung der Anschaffungskosten nach § 7 Abs. 1 EStG auf die Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 vornehmen.

1) BMF-Schreiben vom 14. 11. 2001, IV A 6 – S 2170 – 36/01, BStBl I 2001 S. 864, Rz. 25.

2) BFH, Urteil vom 13. 3. 1979, III R 20/78, BStBl II 1979 S. 578.

3) BFH, Urteil vom 26. 8. 1993, IV R 127/91, BStBl II 1994 S. 232.

V. ABC der geringwertigen Wirtschaftsgüter

Zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern gehören z. B. die folgenden Wirtschaftsgüter, soweit deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. deren Teilwert nicht mehr als 410 €/150 € betragen. Zu weiteren Einzelheiten siehe auch im Ersten Hauptteil II.

46

- **Adressiergeräte**, die zusammen mit Datenträgern benutzt werden,¹⁾
- **Ausstellungsstücke**,²⁾
- **Automaten**, auch in einer Vielzahl,³⁾
- **Autotelefon**,⁴⁾
- **Beleuchtungsanlagen** in Schaufenstern, soweit sie speziell angefertigt wurden,⁵⁾
- **Bestecke** in Gaststätten, Hotels und Kantinen,⁶⁾
- **Bettwäsche und Bettzeug** in einem Hotel,⁷⁾
- **Bilder** als Ausstattung von Büroräumen, Gaststätten und Hotels,⁸⁾
- **Bücher**
 - einer Leih- oder Fachbücherei,⁹⁾
 - als Erstausrüstung der Bibliothek eines Anwalts,¹⁰⁾
 - als einzelner Band aus einer mehrbändigen Zeitschriftensammlung,¹¹⁾
- **Bügelpaletten** zur Lagerung von Massengütern,¹²⁾
- **Büroküchen**, die jeweils einzelnen – auch aufeinander abgestimmten – Küchenmöbel,¹³⁾
- **Büromöbel**, auch als Schreibtischkombination jeweils einzeln,¹⁴⁾
- **Datenträger**, z. B. Disketten und Magnetbänder,¹⁵⁾
- **Disketten** zur mehrfachen Verwendung als Datenträger von Fotosatzmaschinen und Belichtungsautomaten,¹⁶⁾
- **Druckwalzen** für eine Tapetendruckmaschine,¹⁷⁾
- **Einrichtungsgegenstände** in Läden, Werkstätten, Büros, Hotels, Gaststätten und Ferienwohnungen, auch als Erstausrüstung und in einheitlichem Stil,¹⁸⁾

1) FG Berlin, Urteil vom 8. 1. 1974, IV 172/73, EFG 1974 S. 298 (rkr.).

2) BFH, Urteil vom 30. 9. 1958, I 98/57, HFR 1963, 387.

3) FG Thüringen, Urteil vom 30. 9. 1993, I K 20/92, EFG 1994 S. 363 (rkr.).

4) BFH, Beschluss vom 20. 2. 1997, III B 98/96, BStBl II 1997 S. 360.

5) BFH, Urteil vom 5. 3. 1974, I R 160/72, BStBl II 1974 S. 353.

6) BFH, Urteil vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18.

7) FG Nürnberg, Urteil vom 19. 10. 1995, IV 282/94, EFG 1996 S. 335 (rkr.).

8) BFH, Urteil vom 2. 12. 1977, III R 58/75, BStBl II 1978 S. 164.

9) BFH, Urteil vom 8. 12. 1967, IV R 80/63, BStBl II 1968 S. 149.

10) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

11) FG Düsseldorf, Urteil vom 13. 11. 2000, 11 K 4437/98 E, EFG 2001 S. 281 (rkr.).

12) FG Berlin, Urteil vom 17. 8. 1989, IV 248/87, EFG 1990 S. 54 (rkr.).

13) FG Brandenburg, Urteil vom 29. 3. 2000, 3 K 1541/98 I, EFG 2000 S. 890 (rkr.).

14) BFH, Urteil vom 21. 7. 1998, III R 110/95, BStBl II 1998 S. 789.

15) BFH, Beschluss vom 10. 2. 1995, III B 30/92, BFH/NV 1995 S. 927.

16) BFH, Beschluss vom 10. 2. 1995, III B 30/92, BFH/NV 1995 S. 927.

17) FG Münster, Urteil vom 16. 7. 1975, V 1243/74 U, EFG 1976 S. 51 (rkr.).

18) BFH, Urteile vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18, vom 29. 7. 1966, IV R 138/66, BStBl III 1967 S. 61, und vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566; FG Nürnberg, Urteil vom 12. 12. 1979, V 63/79, EFG 1980 S. 253 (rkr.); FG Berlin, Urteil vom 30. 10. 1989, II 156/89, EFG 1990 S. 285 (rkr.).

- **Fässer**, auch bei Nutzungsüberlassung,¹⁾
- **Flachpaletten** zum Transport und zur Lagerung von Waren,²⁾
- **Flaschen**,³⁾
- **Frisierstühle** als Neueinrichtung eines Friseursalons,⁴⁾
- **Gaststätteneinrichtung**,⁵⁾
- **Gemälde**,⁶⁾
- **Geschirrstücke** in Hotels und Gaststätten,⁷⁾
- **Grubenlampen** und Einrichtungsgegenstände in einer Lampenstube,⁸⁾
- **Grundausrüstungs-Gegenstände** einer Kfz-Reparaturwerkstatt, z. B. Spezialwerkzeuge bei Übernahme der Vertretung einer bestimmten Automarke,⁹⁾
- **Hotel- und Gaststätten-Einrichtungsgegenstände** wie Bestecke,¹⁰⁾ Möbel und Geschirr,¹¹⁾ Bettwäsche und Bettzeug,¹²⁾
- **Instrumentarium eines Arztes**, auch als Grundausrüstung,¹³⁾ z. B. Röntgengeräte, Schürzen,
- **Kaffee- und Teeautomaten**, auch in einer Vielzahl,¹⁴⁾
- **Kassettenrecorder**,¹⁵⁾
- **Kisten**, auch bei Nutzungsüberlassung,¹⁶⁾
- **Küchenanbaumöbel**, die zu einer Kucheneinrichtung zusammengesetzt werden,¹⁷⁾ auch als Küchenblock mit Ober- und Unterschränken, Einbauherd, Spüle und Kühlschrank,
- **Kunstgegenstände** als Ausstattung von Büroräumen, Gaststätten und Hotels,¹⁸⁾
- **Lampen**, soweit sie selbständige Wirtschaftsgüter sind: Steh-, Tisch- und Hängelampen,¹⁹⁾

1) BFH, Urteil vom 1. 7. 1981, I R 148/78, BStBl II 1982 S. 246.

2) BFH, Urteil vom 25. 8. 1989, III R 125/84, BStBl II 1990 S. 82.

3) RFH, Urteil vom 28. 11. 1939, I 394/39, RStBl 1940 S. 31; BFH, Urteil vom 1. 7. 1981, I R 148/78, BStBl II 1982 S. 246.

4) FG Berlin, Urteil vom 30. 10. 1989, II 156/89, EFG 1990 S. 285 (rkr.).

5) BFH, Urteile vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18, und vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

6) BFH, Urteile vom 23. 4. 1965, VI 327/64 U, BStBl III 1965 S. 382, und vom 2. 12. 1977, III R 58/75, BStBl II 1978 S. 164.

7) BFH, Urteile vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18, und vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

8) BFH, Urteil vom 27. 3. 1963, I 201/62 U, BStBl III 1963 S. 304.

9) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 19/68, BStBl II 1968 S. 571.

10) BFH, Urteil vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18.

11) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

12) FG Nürnberg, Urteil vom 19. 10. 1995, IV 282/94, EFG 1996 S. 335 (rkr.).

13) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

14) FG Thüringen, Urteil vom 30. 9. 1993, 1 K 20/92, EFG 1994 S. 363 (rkr.).

15) FG Berlin, Beschluss vom 17. 1. 1979, III 118–119/78, EFG 1979 S. 497 (rkr.).

16) BFH, Urteil vom 1. 7. 1981, I R 148/78, BStBl II 1982 S. 246.

17) FG Berlin, Urteil vom 14. 11. 1972, IV 17/71, EFG 1973 S. 102 (rkr.); FG Brandenburg, Urteil vom 29. 3. 2000, 3 K 1541/98 I, EFG 2000 S. 890 (rkr.).

18) BFH, Urteil vom 2. 12. 1977, III R 58/75, BStBl II 1978 S. 164.

19) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 227/67, BStBl II 1968 S. 567.

- **Leergut**, z. B. Fässer, Kisten, Flaschen, Säcke,¹⁾
- **Legehennen** in Eier erzeugenden Betrieben (H 6.13 EStH 2006),
- **Magnetbänder** zur mehrfachen Verwendung als Datenträger von Fotosatzmaschinen und Belichtungsautomaten,²⁾
- **Messgeräte**, die zur Messung bei verschiedenen Wirtschaftsgütern bestimmt sind, z. B. Luftdruckmessgeräte,³⁾
- **Möbel eines Hotels**, auch als Erstausrüstung,⁴⁾
- **Müllbehälter** eines Müllabfuhrunternehmens,⁵⁾
- **Musterbücher und -kollektionen** im Tapeten- und Buchhandel,⁶⁾
- **Musterküchen** in einem Möbelhaus, die einzelnen Komponenten für sich betrachtet,⁷⁾
- **Notfallkoffer** eines Arztes und darin befindliche Geräte,⁸⁾
- **Paletten** zum Transport und zur Lagerung von Waren,⁹⁾
- **Regale**, die aus genormten Stahlregalteilen zusammengesetzt und nach ihrer betrieblichen Zweckbestimmung i. d. R. auf Dauer in dieser Zusammensetzung genutzt werden,¹⁰⁾
- **Ruhebänke** als Werbeträger,¹¹⁾
- **Schallplatten** (H 6.13 EStH 2006),
- **Schreibtischkombinations-Möbel** (Tisch, Rollcontainer, Computertisch), jeweils einzeln betrachtet, wenn eine technische Abstimmung fehlt,¹²⁾
- **Schriftenminima** in einem Druckereibetrieb,¹³⁾
- **Schuhleisten**, auch bei Erwerb einer Fachwerkstätte, soweit sie im Rahmen des Gesamtkaufpreises einen selbständigen Wert besitzen,¹⁴⁾
- **Spezialbeleuchtungsanlagen** in einem Schaufenster,¹⁵⁾
- **Spezialwerkzeuge**, auch als Grundausrüstung einer Kfz-Reparaturwerkstatt,¹⁶⁾
- **Spinnkannen** einer Weberei,¹⁷⁾

1) RFH, Urteil vom 28. 11. 1939, I 394/39, RStBl 1940 S. 31; BFH, Urteil vom 1. 7. 1981, I R 148/78, BStBl II 1982 S. 246.

2) BFH, Beschluss vom 10. 2. 1995, III B 30/92, BFH/NV 1995 S. 927.

3) BFH, Urteil vom 30. 10. 1956, I 191/56 U, BStBl III 1957 S. 7.

4) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 113/67, BStBl II 1968 S. 566.

5) FG Münster, Urteil vom 17. 10. 1974, I 308/74 E, EFG 1975 S. 109 (rkr.).

6) BFH, Urteil vom 25. 11. 1965, IV 299/63 U, BStBl III 1966 S. 86.

7) BFH, Beschluss vom 20. 11. 2003, III B 37/03, BFH/NV 2004 S. 370.

8) BFH, Urteile vom 7. 9. 2000, III R 71/97, BStBl II 2001 S. 41, und vom 19. 10. 2000, III R 63/96, BFH/NV 2001 S. 487.

9) BFH, Urteile vom 9. 12. 1977, III R 94/76, BStBl II 1978 S. 322, und vom 25. 8. 1989, III R 125/84, BStBl II 1990 S. 82.

10) BFH, Urteile vom 26. 7. 1979, IV R 170/74, BStBl II 1980 S. 176, vom 28. 2. 1980, V R 152/74, BStBl II 1980 S. 671, und vom 9. 8. 2001, III R 43/99, BStBl II 2002 S. 100.

11) FG Niedersachsen, Urteil vom 5. 5. 1983, VI 276/81, EFG 1984 S. 20 (rkr.).

12) BFH, Urteile vom 21. 7. 1998, III R 110/95, BStBl II 1998 S. 789, und vom 9. 8. 2001, III R 43/99, BStBl II 2002 S. 100.

13) BFH, Urteil vom 18. 11. 1975, VIII R 9/73, BStBl II 1976 S. 214.

14) BFH, Urteil vom 17. 9. 1987, III R 272/83, BStBl II 1988 S. 441.

15) BFH, Urteil vom 5. 3. 1974, I R 160/72, BStBl II 1974 S. 353.

16) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 19/68, BStBl II 1968 S. 571.

17) BFH, Urteil vom 9. 12. 1977, III R 94/76, BStBl II 1978 S. 322.

- **Stahlmöbel**, auch serienmäßig,¹⁾
- **Straßenleuchten**, auch wenn sie in größerer Zahl an das Stromversorgungsnetz angeschlossen sind,²⁾
- **Systemmüllbehälter**,³⁾
- **Tapetenbücher und -kollektionen**,⁴⁾
- **Tonbandkassetten** (H 6.13 EStH 2006),
- **Transportkästen** in einer Weberei zum Transport von Garnen,⁵⁾
- **Transportpaletten**,⁶⁾
- **Transportwagen** in der Trocknungsanlage einer Ziegelei,⁷⁾
- **Trivialprogramme** (H 6.13 EStH 2006),
- **Unterlagbretter** in der Beton-Elementefertigung,⁸⁾
- **Videokassetten**,⁹⁾
- **Wäsche** in Hotels,¹⁰⁾
- **Zeitschriften**, in Sammelbänden gebunden, jeder einzelne Band.¹¹⁾

47 Keine geringwertigen Wirtschaftsgüter sind u. a. die folgenden Wirtschaftsgüter, und zwar auch dann, wenn ihre Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht mehr als 410 €/150 € betragen:

- **Autoradios**,¹²⁾
- **Blitzlichtgeräte** als Zubehör von Fotoapparaten,¹³⁾
- **Bohrer** für Bohrmaschinen,¹⁴⁾
- **Bücher** als Einzelbände eines mehrbändigen Gesamtwerks,¹⁵⁾
- **Datenkabel** zur Vernetzung einer EDV-Anlage,¹⁶⁾
- **Drehstähle**,¹⁷⁾
- **Drucker und Drucker Kabel** einer PC-Anlage,¹⁸⁾

1) FG Kassel, Urteil vom 13. 12. 1957, I 343/56, EFG 1958 S. 46 (rkr.).

2) BFH, Urteil vom 28. 3. 1973, I R 105/71, BStBl II 1974 S. 2.

3) FG Münster, Urteil vom 17. 10. 1974, I 308/74 E, EFG 1975 S. 109 (rkr.).

4) BFH, Urteil vom 25. 11. 1965, IV 299/63 U, BStBl III 1966 S. 86.

5) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 232/67, BStBl II 1968 S. 568.

6) BFH, Urteile vom 9. 12. 1977, III R 94/76, BStBl II 1978 S. 322, und vom 25. 8. 1989, III R 125/84, BStBl II 1990 S. 82.

7) BFH, Urteil vom 13. 9. 1966, I 53/64, BStBl III 1966 S. 692.

8) BFH, Beschluss vom 11. 11. 2003, III B 31/03, BFH/NV 2004 S. 369.

9) FG Berlin, Urteil vom 17. 1. 1979, III 118–119/78, EFG 1979 S. 497 (rkr.).

10) BFH, Urteil vom 19. 11. 1953, IV 360/53 U, BStBl III 1954 S. 18; FG Nürnberg, Urteil vom 19. 10. 1995, IV 282/94, EFG 1996 S. 335 (rkr.).

11) FG Düsseldorf, Urteil vom 13. 11. 2000, 11 K 4437/98 E, EFG 2001 S. 281 (rkr.).

12) BFH, Urteil vom 24. 10. 1972, VIII R 201/71, BStBl II 1973 S. 78.

13) FG Berlin, Urteil vom 26. 6. 1986, IV 371/84, n. v. (rkr.).

14) BFH, Urteil vom 28. 2. 1961, I 13/61 U, BStBl III 1961 S. 383.

15) FG Köln, Urteil vom 31. 5. 1999, 15 K 3241/92, FR 1999 S. 847 (rkr.).

16) BFH, Urteil vom 25. 11. 1999, III R 77/97, BStBl II 2002 S. 233.

17) BFH, Urteil vom 28. 2. 1961, I 13/61 U, BStBl III 1961 S. 383.

18) BFH, Urteile vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958, vom 10. 3. 2004, VI R 91/00, BFH/NV 2004 S. 1241, vom 10. 3. 2004, VI R 19/02, BFH/NV 2004 S. 1386, und vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527; FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

- **Druckformen**,¹⁾
- **Elektromotoren** als Antrieb von Drehbänken, Maschinen oder Webstühlen,²⁾
- **Ersatzteile** für Maschinen,³⁾
- **Formen**,⁴⁾
- **Formteile** zur Herstellung von Bauplatten als einheitliches Ganzes,⁵⁾
- **Fräser**,⁶⁾
- **Gerüst- und Schalungsteile**, die genormt und technisch aufeinander abgestimmt sind,⁷⁾
- **Gussformen**,⁸⁾
- **Judomatten**, die dazu bestimmt sind, zu Kampffeldern zusammengelegt zu werden,⁹⁾
- **Kanaldielen**,¹⁰⁾
- **Kinobestuhlung**,¹¹⁾
- **Kühlkanäle**, auch wenn sie nur lose an ein Kühlgerät angeschlossen werden,¹²⁾
- **Lichtbänder** als Beleuchtungsanlagen von Fabrikräumen oder Wohngebäuden,¹³⁾
- **Lithographien** einer Druckerei,¹⁴⁾
- **Maschinenwerkzeuge** wie Bohrer, Fräser, Drehstähle, Sägeblätter und Stanzwerkzeuge,¹⁵⁾
- **Maus** einer PC-Anlage,¹⁶⁾
- **Messestellwände**, nur in Verbindung mit anderen Stellwänden nutzbar,¹⁷⁾

1) BFH, Urteile vom 28. 10. 1977, III R 72/75, BStBl II 1978 S. 115, und vom 15. 3. 1991, III R 57/86, BStBl II 1991 S. 682; BMF-Schreiben vom 18. 4. 2007, IV C 3 – InvZ 1280/07/0001, BStBl I 2007 S. 458, Rz. 27.

2) BFH, Urteile vom 16. 12. 1958, I 286/56 S, BStBl III 1959 S. 77, und vom 14. 12. 1966, VI 245/65, BStBl III 1967 S. 247.

3) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 232/67, BStBl II 1968 S. 568.

4) BFH, Urteil vom 9. 3. 1967, IV R 149/66, BStBl III 1967 S. 238.

5) BFH, Urteil vom 30. 3. 1967, IV 64/65, BStBl III 1967 S. 302.

6) BFH, Urteil vom 28. 2. 1961, I 13/61 U, BStBl III 1961 S. 383.

7) BFH, Urteile vom 18. 12. 1956, I 84/56 U, BStBl III 1957 S. 27, vom 21. 7. 1966, IV 289/65, BStBl III 1967 S. 59, und vom 29. 7. 1966, VI 302/65, BStBl III 1967 S. 151.

8) BFH, Urteil vom 13. 3. 1979, III R 20/78, BStBl II 1979 S. 578.

9) BFH, Beschluss vom 21. 12. 1990, III B 501/90, BFH/NV 1991 S. 484.

10) BMF-Schreiben vom 8. 10. 1981, IV B2 – S 2180 – 11/81, BStBl I 1981 S. 626, gegen BFH, Urteile vom 28. 7. 1976, I R 232/74, BStBl II 1977 S. 144, und vom 19. 2. 1981, IV R 161/77, BStBl II 1981 S. 652, unter Hinweis auf die geänderte Fassung des § 6 Abs. 2 EStG.

11) RFH, Urteil vom 28. 9. 1938, VI 380/38, RStBl 1939 S. 84; BFH, Urteil vom 29. 7. 1966, IV R 138/66, BStBl III 1967 S. 61.

12) BFH, Urteil vom 17. 4. 1985, I R 144/82, BStBl II 1988 S. 126.

13) BFH, Urteile vom 5. 10. 1956, I 133/56 U, BStBl III 1956 S. 376, und vom 5. 3. 1974, I R 160/72, BStBl II 1974 S. 353.

14) BFH, Urteil vom 15. 3. 1991, III R 57/86, BStBl II 1991 S. 682.

15) BFH, Urteile vom 28. 2. 1961, I 13/61 U, BStBl III 1961 S. 383, vom 28. 2. 1961, I 195/60 U, BStBl III 1961 S. 384, vom 17. 5. 1968, VI R 232/67, BStBl II 1968 S. 568, vom 19. 10. 1972, IV R 102/68, BStBl II 1973 S. 53, und vom 6. 10. 1995, III R 101/93, BStBl II 1996 S. 166.

16) FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

17) FG Thüringen, Urteil vom 10. 6. 1998, I 408/97, EFG 1998 S. 1280 (rkr.).

- **Möbel**, die in besonderer Weise der Ausstattung des Raumes angepasst und für den Raum besonders angefertigt wurden oder wegen ihrer konstruktiven Eigenart als Einheit auftreten,¹⁾
- **Monitor** einer PC-Anlage,²⁾
- **Motoren** zum Einzelantrieb von Maschinen,³⁾
- **Peripheriegeräte** für Personalcomputer und Laptops,⁴⁾
- **Pflanzen** einer Dauerkultur,⁵⁾
- **Rebstöcke** einer Rebanlage,⁶⁾
- **Rechner** einer PC-Anlage,⁷⁾
- **Regalteile**, die technisch aufeinander abgestimmt sind, zum Zusammensetzen eines Regals,⁸⁾
- **Sägeblätter** in Diamantsägen und Diamantgattern,⁹⁾
- **Schaftmaschinen**, elektronische, bei einem Webstuhl,¹⁰⁾
- **Stanzwerkzeuge** in Verbindung mit Werkzeugmaschinen,¹¹⁾
- **Stühle** der Bestuhlung in einem Kino,¹²⁾
- **Tastatur** einer PC-Anlage,¹³⁾
- **Zähler** (Wasser-, Gas- und Elektrizitätszähler) eines Versorgungsunternehmens,¹⁴⁾
- **Zubehör**, z. B. der Anrufbeantworter zum Telefon, das Blitzlichtgerät zum Fotoapparat, das Videogerät zum Fernsehapparat, Zusatzgeräte zum Personalcomputer,¹⁵⁾
- **Zusatzgeräte** für Personalcomputer und Laptops.¹⁶⁾

1) BFH, Urteil vom 17. 5. 1968, VI R 205/67, BStBl II 1968 S. 567.

2) FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

3) BFH, Urteile vom 16. 12. 1958, I 286/56 S, BStBl III 1959 S. 77, und vom 14. 12. 1966, VI 245/65, BStBl III 1967 S. 247.

4) BFH, Urteile vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958, vom 10. 3. 2004, VI R 91/00, BFH/NV 2004 S. 1241, vom 10. 3. 2004, VI R 19/02, BFH/NV 2004 S. 1386, und vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527; FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

5) BFH, Urteil vom 30. 11. 1978, IV R 43/78, BStBl II 1979 S. 281; BMF-Schreiben vom 17. 9. 1990, IV B 3 – S 2190 – 25/90, BStBl I 1990 S. 420.

6) BFH, Urteil vom 30. 11. 1978, IV R 43/78, BStBl II 1979 S. 281; BMF-Schreiben vom 17. 9. 1990, IV B 3 – S 2190 – 25/90, BStBl I 1990 S. 420.

7) BFH, Urteile vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958, vom 10. 3. 2004, VI R 91/00, BFH/NV 2004 S. 1241, vom 10. 3. 2004, VI R 19/02, BFH/NV 2004 S. 1386, und vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527; FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

8) BFH, Urteile vom 26. 7. 1979, IV R 170/74, BStBl II 1980 S. 176, und vom 28. 2. 1980, V R 152/74, BStBl II 1980 S. 671.

9) BFH, Urteil vom 19. 10. 1972, IV R 102/68, BStBl II 1973 S. 53.

10) BFH, Urteil vom 28. 3. 1996, III R 34/93, BFH/NV 1996 S. 707.

11) BFH, Urteil vom 28. 2. 1961, I 195/60 U, BStBl III 1961 S. 384.

12) BFH-Urteil vom 29. 7. 1966, IV R 138/66, BStBl III 1967 S. 61.

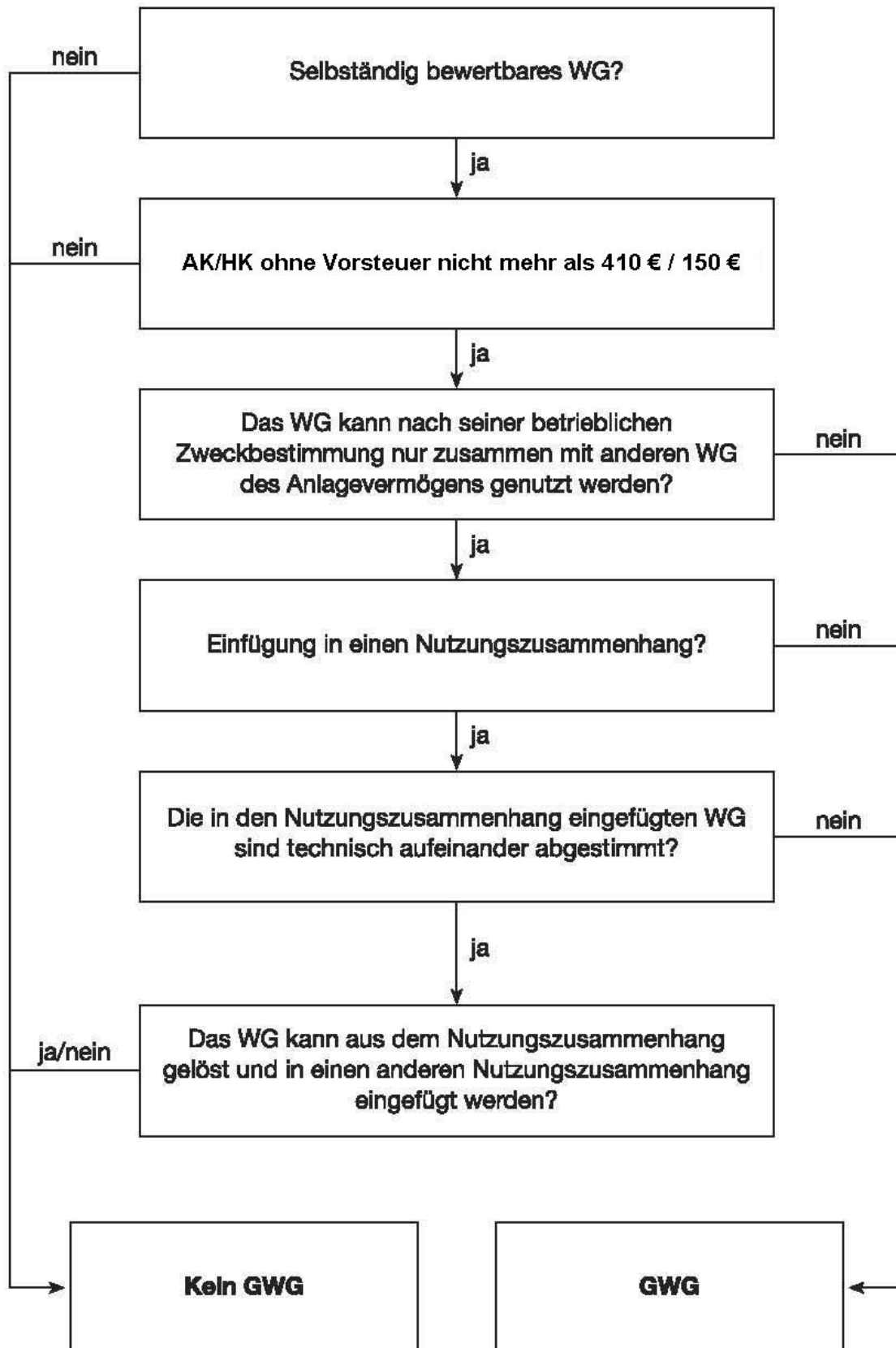
13) BFH, Urteile vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958, vom 10. 3. 2004, VI R 91/00, BFH/NV 2004 S. 1241, vom 10. 3. 2004, VI R 19/02, BFH/NV 2004, 1386, und vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527; FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

14) BFH, Urteil vom 30. 10. 1956, I 191/56 U, BStBl III 1957 S. 7.

15) FG Berlin, Urteile vom 4. 7. 1985, IV 384/83, n. v. (rkr.), und vom 26. 6. 1986, IV 371/84, n. v. (rkr.).

16) BFH, Urteile vom 19. 2. 2004, VI R 135/01, BStBl II 2004 S. 958, vom 10. 3. 2004, VI R 91/00, BFH/NV 2004 S. 1241, vom 10. 3. 2004, VI R 19/02, BFH/NV 2004 S. 1386, und vom 15. 6. 2004, VIII R 42/03, BFH/NV 2004 S. 1527; FG München, Urteil vom 30. 6. 1992, 16 K 4178/91, EFG 1993 S. 214 (rkr.).

VI. Schematische Darstellung



VII. Änderungen im Rahmen der Unternehmensteuerreform

1. Gegenstand der Änderungen

- 49 Im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008¹⁾ wurde § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG entscheidend geändert und § 6 EStG um einen Abs. 2a ergänzt. § 6 Abs. 2 Sätze 4 und 5 EStG, die bisher die Regelungen zum Führen eines besonderen Verzeichnisses für geringwertige Wirtschaftsgüter enthielten, wurden aufgehoben. Außerdem wurde in § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 Satz 2 EStG eine Sonderregelung für den sofortigen Werbungskostenabzug für die Anschaffung oder Herstellung von geringwertigen Arbeitsmitteln geschaffen, die sich inhaltlich von den Regelungen für das Betriebsvermögen unterscheidet. Die Neuregelungen gelten nach § 52 Abs. 16 Satz 17 EStG für alle Wirtschaftsgüter, die nach dem 31. 12. 2007 angeschafft, hergestellt oder in ein Betriebsvermögen eingelegt werden.

2. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (Gewinneinkünfte)

a) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis 150 €

- 50 Die Anschaffung, Herstellung oder Einlage von selbständig nutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens hat künftig zur Folge, dass die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. der an deren Stelle tretende Einlagewert im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage sofort als Betriebsausgaben **abzuziehen sind**, wenn diese Werte für das einzelne Wirtschaftsgut **150 € nicht überschreiten**. Neben der deutlichen Absenkung der Höchstgrenze erfolgte insoweit eine Systemänderung, als das bisherige Wahlrecht zur Inanspruchnahme der Sofortabschreibung zukünftig zu einer verpflichtenden Bewertungsregel umgestaltet wird. Betragen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des einzelnen Wirtschaftsguts zukünftig nicht mehr als 150 €, ist der Stpfl. zum sofortigen Abzug der Kosten als Betriebsausgaben im Jahr der Anschaffung, Herstellung, Einlage oder Betriebseröffnung verpflichtet.
- 51 Bei der Höchstgrenze von 150 € handelt es sich wie bei der bisherigen Höchstgrenze von 410 € um den Netto-Betrag der Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. des Einlagewerts. Ein auf diese Kosten entfallender Vorsteuerbetrag bleibt wie bisher unberücksichtigt, unabhängig davon, ob er bei der USt als Vorsteuer abziehbar ist. Neu ist wegen der jetzt auch anderen Formulierung in § 7g Abs. 2 EStG, dass eine vom Stpfl. in Anspruch genommene Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts zum Ausgleich einer gewinnmindernden Auflösung eines zuvor beanspruchten Investitionsabzugsbetrags sich auf die Grenze von 150 € auswirkt.

b) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 € und 1 000 €

- 52 Eine für den Stpfl. einschneidende Neuregelung ergibt sich für alle selbständig nutzbaren Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Einlagewerte mehr als 150 €, aber nicht mehr als 1 000 € betragen. Ein sofortiger Abzug der Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. des an deren Stelle tretenden Werts im Jahr der Anschaffung, Herstellung, Einlage oder Betriebseröffnung kommt bei diesen Wirtschaftsgütern nicht mehr in Betracht. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. der an deren Stelle tretende Wert ist aber auch nicht nach § 7 Abs. 1 EStG auf die Nutzungsdauer zu verteilen. Der neu in das EStG eingefügte § 6 Abs. 2a EStG ordnet vielmehr an, dass für die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die an deren Stelle tretenden Einlagewerte ein Sammelposten zu bilden ist, der im Wj. seiner Bil-

1) Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. 8. 2007, BGBl. I 2007 S. 1912.

derung und in den folgenden vier Wj. mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufzulösen ist. Die Bildung dieses Sammelpostens soll der Vereinfachung dienen.

Bei der Ermittlung der Grenze von 1 000 € gelten dieselben Regelungen wie für die Ermittlung der Grenze von 150 € in § 6 Abs. 2 EStG. Auch hier bleiben dem Stpfl. in Rechnung gestellte Vorsteuerbeträge stets unberücksichtigt. **53**

Der Sammelposten eines jeden Wj. setzt sich aus den Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Einlagewerten sämtlicher selbständig nutzbarer Wirtschaftsgüter zusammen, die im jeweiligen Wj. angeschafft, hergestellt oder in das Betriebsvermögen eingelegt wurden. Innerhalb des Sammelpostens sind keinerlei Unterscheidungen mehr vorzunehmen, auf welches Wirtschaftsgut im Einzelnen welche Teilbeträge entfallen. Auch sonstige gesonderte Aufzeichnungen oder Verzeichnisse sind nicht zu führen. Konsequenterweise ordnet § 6 Abs. 2a Satz 3 EStG an, dass die Höhe des Sammelpostens sich auch dann nicht verändert, wenn ein Wirtschaftsgut vor Ablauf der Fünf-Jahres-Frist für die Auflösung des Sammelpostens aus dem Betriebsvermögen ausscheidet. Dies gilt sowohl im Fall der Veräußerung oder Entnahme des Wirtschaftsguts als auch bei einem vorzeitigen Verbrauch, einer vorzeitigen Abnutzung oder bei zufälligem Untergang des Wirtschaftsguts. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich ebenfalls ohne Bedeutung. Beträgt diese allerdings weniger als ein Jahr, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten solcher kurzlebigen Wirtschaftsgüter nicht in den Sammelposten einzustellen (→ Rz. 44 f.). **54**

Bei der Veräußerung eines Wirtschaftsguts, dessen Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder Einlagewert in den Sammelposten eingestellt werden mussten, kann sich somit eine zeitliche Differenz zwischen der Erfassung des Veräußerungserlöses und der Berücksichtigung des Buchwerts als Betriebsausgabe ergeben. **55**

Beispiel 6: Vorzeitiges Ausscheiden eines Wirtschaftsguts bei Bildung des Sammelpostens

A schafft im Wj. 2008 einen PC mit Anschaffungskosten von 900 € zzgl. 171 € USt an. Die Vorsteuer ist in vollem Umfang abziehbar. Der PC hat eine voraussichtliche Nutzungsdauer von drei Jahren. Im Jahr 2009 entscheidet sich A allerdings bereits dazu, die Anlage gegen eine leistungsstärkere Anlage mit Anschaffungskosten von 2 000 € auszutauschen. Der im Jahr 2008 erworbene PC wird für 500 € veräußert.

Die Anschaffungskosten des im Jahr 2008 erworbenen PC von 900 € muss A in einen Sammelposten einstellen. Dieser Sammelposten ist in den Jahren 2008 bis einschließlich 2012 mit jeweils 180 € gewinnmindernd aufzulösen. Der Erlös aus der Veräußerung des PC i. H. v. 500 € im Jahr 2009 ist in vollem Umfang als Betriebseinnahme zu erfassen.

3. Wirtschaftsgüter des Privatvermögens (Überschusseinkünfte)

Bei den außerbetrieblichen Einkunftsarten bleibt es nach der Neuregelung in § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 Satz 2 EStG dabei, dass die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Arbeitsmitteln im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sofort als Betriebsausgaben abgezogen werden können, wenn sie nicht mehr als 410 € ohne USt betragen. Einer der Bildung des Sammelpostens nach § 6 Abs. 2a EStG vergleichbare Regelung besteht für das Privatvermögen nicht. **56**

Die neue Online-Datenbank FÜR DAS GESAMTE STEUERRECHT

Substanz entscheidet

The screenshot displays the Stotax-First website interface. At the top, it says 'Stotax-First Ihr Internet-Fachportal für das gesamte Steuerrecht'. Below the navigation bar, there are several content blocks:

- Aktuelle Meldungen:** Includes 'Lohnsteuer (16.12.08) BMF-Schreiben zur Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Hälferten in 2009' and 'Einkommensteuer/ Pendlerpauschale (16.12.08) BMF-Schreiben zu den verfahrensrechtlichen Folgenungen aus dem BVerfG-Urteil zur Pendlerpauschale'.
- Stichwortregister:** A search bar with a dropdown menu showing letters A through Z.
- Aktuelle Informationen:** Lists 'Steuer-Eidienst (184)', 'Aktuelle Rechtsentwicklung (2070)', and 'Steuer-Ratgeber 2008 (893)'.
- Lexika:** Includes 'ABC des Lohnbüros 2008 (3173)', 'AFA-Lexikon (432)', 'Lexikon des Rechts (379)', and 'Lexikon des Steuerrechts (650)'.
- Zeitschriften:** Lists 'Bundessteuerblatt (10991)', 'EFG (16267)', 'IFR (9549)', 'Juris Praxisreport (2070)', 'Betrieb und Personal (B+P) (4482)', 'Deutsche Steuer-Zeitung (2120)', and 'Umsatzsteuer- und Verkehrssteuer-Recht (772)'.
- Rechtsquellen:** Lists 'Juris Gesetze/Verordnungen (20790)', 'Juris Verwaltungsvorschriften (6594)', and 'Juris DBA (3773)'.
- Rechtsprechung:** Lists 'Kommentierte Rechtsprechung (227)', 'Anhängige Verfahren (1439)', 'Juris EuGH (2787)', 'Juris Bundesgerichte (23494)', 'Juris Finanzgerichte (27433)', and 'Juris Sonstige Gerichte (170058)'.
- Handausgaben:** Lists 'AO/FGD (1940)', 'Einkommensteuer (1233)', 'Gewerbesteuer (100)', 'Körperschaftsteuer (263)', 'Umsatzsteuer (257)', and 'Lohnsteuer (1071)'.
- Jahrbücher:** Lists 'Steueränderungen (815)', 'HGB Erstellung und Prüfung (345)', 'HGB Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilung (337)', 'IFRS Erstellung und Prüfung (125)', 'Einkommensteuer-Erklärung (133)', and 'KSt-/GewSt-/USt-Erklärung (140)'.
- Ratgeber:** Lists 'Steuerberater Handbuch (673)', 'Steuerberater Branchenhandbuch (2015)', 'Steuerberater Rechtsanhandbuch (703)', 'Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen (2412)', 'Unternehmenssteuerreform 2008 (1)', 'Handbuch Betrieb und Personal (3079)', and 'Existenzgründung Handbuch (1274)'.

An orange circular callout on the left side of the screenshot reads: 'Jetzt an 5 Arbeitsplätzen 4 Wochen lang gratis testen!'.

Für alle komplizierten Fälle des Steuerrechts.
Entdecken und erleben Sie Außergewöhnliches:

www.stotax-first.de

Die Vielzahl an qualifizierten Inhalten von Stofffuß, z.B. die Kommentare zu 18 verschiedenen Einzelgesetzen, die Hand- und Jahrbücher, die Veranlagungs-Handausgaben, die Steuer-Fachzeitschriften und die über 1.500 Arbeitshilfen und Berechnungsprogramme stellen ein ungewöhnliches Maß an Substanz dar und bieten enormes Nutzungspotential.

Außergewöhnlich hohe Substanz

9 Kommentare zu 18 Gesetzen!

Kommentare

Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung (mit FVG, VwZG) <i>Beermann Gosch</i>	●
Außensteuergesetz/Doppelbesteuerungsabkommen <i>Strunk Kaminski Köhler</i>	●
Bilanzrecht <i>Baetge Kirsch Thiele</i>	●
Einkommensteuergesetz (mit InvStG, ZIV) <i>Korn Carlé Stahl Strahl</i>	●
Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (mit BewG, GrEStG) <i>Wilms Jochum</i>	●
Internationales Bilanzrecht <i>Thiele von Keitz Brücks</i>	●
Körperschaftsteuergesetz (mit SolZG) <i>Ernst & Young</i>	●
Umsatzsteuergesetz <i>Reiß Kraeusel Langer</i>	●
Umwandlungsrecht (UmwStG, UmwG) <i>Widmann Mayer</i>	●

Handbücher

Steuerberater Handbuch	●
Steuerberater Branchenhandbuch	●
Steuerberater Rechtshandbuch	●
Existenzgründung Handbuch <i>Kirschbaum</i>	●
Handbuch Betrieb und Personal	●
Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen <i>Ernst & Young</i>	●

Jahrbücher

Steueränderungen <i>Schmieszek</i>	●
HGB Erstellung und Prüfung <i>Fischer Neubeck Stibi Thoms-Meyer</i>	●
HGB Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilung <i>Fischer Neubeck Stibi Thoms-Meyer</i>	●
IFRS Erstellung und Prüfung <i>Bachem Fervers Janßen Mehrhoft</i>	●
Einkommensteuer-Erklärung <i>Schalburg Seifert</i>	●
KSt-/GewSt-/USt-Erklärung <i>Antweiler Henseler Kümpel Sombrowski</i>	●

Veranlagungs-Handausgaben

Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Anwendungserlass zur AO, Nebengesetze <i>Baum</i>	●
Einkommensteuergesetz mit Durchführungsverordnung, Einkommensteuer-Richtlinien, Hinweisen und Nebenbestimmungen <i>Dorn Rosenbaum</i>	●
Gewerbesteuergesetz, Durchführungsverordnung und Gewerbesteuer-Richtlinien sowie Nebenbestimmungen <i>Karthaus Pauka</i>	●
Körperschaftsteuergesetz mit Durchführungsverordnung, Richtlinien, Hinweisen und Nebenbestimmungen <i>Huhn Karthaus</i>	●
Lohnsteuer – Einkommensteuergesetz mit Durchführungsverordnung, Lohnsteuer-Richtlinien und -Hinweisen, Nebenbestimmungen <i>Deck Jungblut Rosenbaum</i>	●
Umsatzsteuergesetz mit Durchführungsverordnungen, Umsatzsteuer-Richtlinien, Hinweisen und Nebenbestimmungen <i>Langer Vellen</i>	●

Lexika

ABC des Lohnbüros	●
AfA-Lexikon	●
Lexikon des Steuerrechts	●
Lexikon des Rechts	●

Zeitschriften

B+P Zeitschrift für Betrieb und Personal	●
Bundessteuerblatt	●
DStZ Deutsche Steuer-Zeitung	●
EFG Entscheidungen der Finanzgerichte	●
HFR Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung	●
Juris Praxis-Report	●
UVR Umsatzsteuer- und Verkehrssteuer-Recht	●

Rechtsprechung

Kommentierte Rechtsprechung	●
Anhängige Verfahren	●
juris EuGH	●
juris Bundesgerichte	●
juris Finanzgerichte	●
juris Sonstige Gerichte	●

Rechtsquellen

juris Gesetze/Verordnungen	●
juris Verwaltungsvorschriften	●
juris DBA	●

Aktuelle Informationen

Aktuelle Rechtentwicklungen (Verkündete Gesetze, Neubekanntmachungen, Gesetzesvorhaben, bedeutende Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, Rechtsprechung, Tipps und Termine, Aktuelle Meldungen) zum Steuerrecht, Arbeits- und Sozial(versicherungs)recht sowie zum Wirtschaftsrecht.	●
Die Unternehmensteuerreform 2008 <i>Ernst & Young BDI</i>	●
Steuer-Ratgeber <i>Bals Pinkos Püschner u.a.</i>	●

Arbeitshilfen

Nützliche Tools aus der Kanzleisoftware Stotax Kanzlei: Steuererklärungsprogramme, Simulation neuester Steuerrechtsänderungen, Programme zum Rechnungswesen u.v.m. bilden die optimale Grundlage für die Steuerung und Beratung Ihrer Mandanten.	●
Berechnungen (AfA-Rechner, AfA-Schnellübersicht, Betriebsvergleich, Break-Even-Rechner, Darlehensrechner, Einkommensteuer Grund- und Splittingtabelle, Lohnpändung, Lohnsteuertabelle, Prozentuale Einkommensteuer-Belastung, Rentenrechner, Schonfristen-Kalender, Standortwahl, Steuerberatergebührenverordnung, Steuerklassenwahl, Umsatzsteuerrechner, Stotax PC-Steuertabellen sowie Lohnabrechnungsprogramm Stotax Gehalt und Lohn)	●
Über 1.500 Muster, Formulare, Checklisten zum Steuerrecht, Arbeitsrecht, Sozialrecht, zur Sozialversicherung und zum Wirtschaftsrecht.	●
Tabellen und Übersichten	●
Wirtschaftsdaten	●

Zum Gesamtpreis von monatlich
nur € 79,50

zzgl. USt., Mindestlaufzeit 12 Monate, 5 Arbeitsplätze inklusive

IHRE VERBINDUNG ZUM STEUERRECHT

STOTax
Stollfuß Medien